

WISA

vorwärts für Sachsen-Anhalt

„Wir lösen ein zentrales Versprechen ein“

Interview mit Petra Grimm-Benne zu sozialdemokratischer Kita-Politik

1.774 Einrichtungen, besucht von 69.400 Mädchen und 72.920 Jungen, und ein Zehn-Stunden-Betreuungsanspruch für alle Kinder: Sachsen-Anhalt hat im Bundesvergleich einen Spitzenplatz in der Kinderbetreuung. Trotzdem wird immer wieder hoch emotional darüber gestritten. Warum ist das so? – Die stellvertretende Ministerpräsidentin und Sozialministerin Petra Grimm-Benne im Gespräch mit dem Vorwärts über frühkindliche Bildung, Elternbeiträge, Wahlversprechen und Pläne für eine Novelle des Kinderförderungsgesetzes.



Die Kenia-Koalition war noch längst keine 100 Tage alt, da lag schon eine Novelle zum Kinderförderungsgesetz im Landtag. Ist das derzeitige Gesetz nicht gut?

Wir haben eine gute Kinderbetreuung. Aber wir brauchen eine Qualitätsdiskussion: Wie kann das System für Kinder, Eltern und Erzieherinnen und Erzieher optimal ausgestaltet werden? Außerdem geht es um mehr Transparenz bei der Finanzierung. Aber das alles sind Themen für 2017. Dann werden wir das bisherige Gesetz evaluieren, die Ergebnisse auswerten und dann Vorschläge machen.

Aktuell ist etwas anderes im Fokus: Im ersten Schritt geht es darum, Eltern und Kommunen finanziell zu entlasten, damit Elternbeiträge nicht weiter steigen. Noch 2016 sollen 21 Millionen Euro extra für die Kinderbetreuung bei den Kommunen auf dem Konto sein. Das Geld gleicht Tarifsteigerungen aus den Jahren 2015 und 2016 aus. Wir lösen damit ein zentrales Versprechen aus dem Koalitionsvertrag ein. 2017 und 2018 soll es dann weitere Entlastungen speziell im Krippenbereich geben, auch das steht im aktuellen Gesetzentwurf. Da wollen wir die Gelder einsetzen, die der Bund ursprünglich für das Betreuungsgeld eingeplant hatte und die er jetzt an uns als Land weiterreicht.

Also erste Hilfe...

Wenn das Geld noch dieses Jahr bei den Kommunen ankommen soll, müssen wir aufs Tempo drücken. Wir brauchen

eine Entscheidung des Landtags im September. Das wissen alle Beteiligten. Die Koalitionsfraktionen haben den Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, dafür bin ich ihnen dankbar. Das war der schnellste Weg. Es war wichtig, den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern schnell auf Heller und Pfennig zu sagen, was sie erwarten können. Wir wollten, dass Verwaltungen, bei denen Beitragserhöhungen diskutiert werden, noch einmal rechnen. Ich weiß von Kommunen, die im Ergebnis einen Satzungsentwurf in der Schublade gelassen haben. Zerst zum Beispiel.

Also zunächst ein Erste-Hilfe-Paket, dann eine Gesetzesüberarbeitung. Aber die inhaltlichen Debatten schwappen schon jetzt hoch. CDU-Chef Thomas Webel will den Ganztagsanspruch für Kinder arbeitsloser Eltern beschneiden.

Da schwingt der Vorwurf mit, das sei alles Luxus und zu teuer. Wir haben den Ganztagsanspruch für alle Kinder 2013 wieder erkämpft. Das war gut, und das bleibt richtig. Wir dürfen die Kinder nicht wieder nach dem Beschäftigungsstatus ihrer Eltern auseinander dividieren. Gleiche Chancen für alle Kinder, darum geht es.

Chancengleichheit ist ein ursozialdemokratisches Versprechen. Wer will, dass Kinder unabhängig vom Elternhaus gleiche Bildungschancen haben, muss bei der Kita ansetzen. Frühkindliche Bildung ist das Fundament. Die Kita ist Lernort, unser Landesprogramm „bildung elementar“ ein wichtiges Pfund. Es geht darum, die individuellen Bedürfnisse jedes Mädchens, jedes Jungen in den Mittelpunkt zu rücken und Vielfalt, gerade auch interkulturelle Vielfalt, als Chance für Lern- und Bildungsprozesse zu begreifen.

Wann warst Du das letzte Mal in einer Kita?

Im Juli, als eine Kindertagesstätte in Halle aufgrund ihrer zweisprachigen deutsch-französischen Angebote in das Netzwerk der „Elysée-2020-Kitas“ aufgenommen wurde. Da wird das Interesse geweckt, früh Sprachen zu lernen. Das baut stabile Brücken in andere Kulturen. Kita-Politik macht man nicht vom Schreibtisch aus. Enger Kontakt mit Erzieherinnen und Erziehern, Diskussionen mit Elternvertretungen, Gespräche mit Expertinnen und Experten wie jetzt ja auch zur Vorbereitung der Evaluierung des Kinderförderungsgesetzes – das ist wichtig.

Wir werden eine Befragung aller 1.774 Kitas starten, um zum Beispiel endlich zu wissen: Was genau kostet ein Kitaplatz? Welche Kosten in welcher Höhe haben die Träger konkret? Zuhören, rückkoppeln – das ist mir wichtig. In internen Runden, vor allem aber mit den Menschen vor Ort, die mich einladen, nach Hohenmölsen zum Beispiel, nach Aschersleben, Bitterfeld-Wolfen. Ohne Nähe geht es nicht. ■



Liebe Genossinnen und Genossen,

schon wieder hat die Politik in Sachsen-Anhalt turbulente Wochen hinter sich. Eine beispiellose Hängepartie wurde dem Landtag und der Öffentlichkeit von der CDU und dem von ihr vorgeschlagenen Landtagspräsidenten Hardy Peter Güssau zugemutet. Dabei ging es um eine ganz simple Wahrheit: Wer in dem Verdacht steht, dass er versucht hat, eine Wahlfälschung zu verschleiern und die notwendige Wahlwiederholung zu verhindern – der kann nicht oberster Repräsentant der Demokratie in Sachsen-Anhalt sein.

Es ist gut, dass Herr Güssau in letzter Sekunde die Einsicht gezeigt hat, dass er das Vertrauen des Landtags verloren hat, und unter dem Eindruck der verheerenden öffentlichen Stimmung zurückgetreten ist.

Die SPD hat in dieser Debatte sehr früh klare Kante gezeigt und deutlich gemacht, dass sie sich im Notfall für die Abwahl des Landtagspräsidenten stark machen würde, wenn er keine Einsicht zeigt. Wir haben uns dabei an denselben Gründen orientiert, aus denen wir nach dem Landtagswahlergebnis vom 13. März in die Koalition mit CDU und Grünen gegangen sind: In solch schwierigen Zeiten müssen die demokratischen Kräfte zeigen, dass sie handlungsfähig sind und das Land vernünftig regieren können. Das geht aber nur, wenn sie in Fragen der Demokratie ihre Glaubwürdigkeit bewahren.

Gefälschte Kommunalwahlen 1989 läuteten den Anfang vom Ende der DDR ein. 25 Jahre später sollten in Stendal Fälschungen bei Kommunalwahlen unter den Teppich gekehrt werden. Der Fall Güssau hat bewiesen, dass die Demokratie wachsam ist.

Eurer

Burkhard Lischka ■

„Praxisbezug ist wichtig für glaubwürdige Politik“

Katja Pähle sammelt neue Erfahrungen bei Praxistagen in sozialen Einrichtungen



Ein Mittwoch im Juli. Katja Pähle trifft Beschäftigte und Betreuer der Halleschen Behindertenwerkstätten im Blumenauweg in Halle. Führt viele Gespräche, packt selbst mit an, faltet T-Shirts, verpackt sie, einen knappen Arbeitstag lang. „Praxistag“ steht an diesem Tag in ihrem Kalender. Auch früher hat sie das schon in der Sommerpause des Landtags gemacht, in Kitas und anderen Einrichtungen. Und diesmal eben in einer Behindertenwerkstätte. „Wir haben doch alle Bilder davon im Kopf, was für Leute hier sind und wie sie arbeiten“, sagt sie zu ihrer Motivation. „Ich wollte sehen, ob meine Bilder stimmen. Und ich wollte zuhören, was die Menschen hier bewegt.“

Zwei Tage später, ein Freitag, die Evangelische Stadtmission: In der Breiten Straße

in Halle sind die Tätigkeiten komplexer. Anschlüsse für Windkraftträder werden vorbereitet, Lampenkabel angeschlossen. Qualität ist gefragt. Viele Menschen mit psychischen Erkrankungen arbeiten hier. Katja Pähle: „Anspruchsvolle Arbeit in einem geschützten Raum – das ist für Menschen, die ihr Leben wieder in den Griff bekommen wollen, ganz wichtig.“

Warum nimmt sich eine frischgewählte Fraktionsvorsitzende, die mit den Anfangsschwierigkeiten der Kenia-Koalition in Magdeburg eigentlich alle Hände voll zu tun hat, die Zeit für diese Erfahrungen? „Praxisbezug ist wichtig“, sagt Katja Pähle. „Bodenhaftung ist wichtig. Wer das nicht hat, kann keine glaubwürdige Politik gestalten.“

Vom Schüleralter bis um die 50 sind alle Altersgruppen vertreten in den beiden Einrichtungen. Und die Arbeit wird ihnen nicht ausgehen. „Gerade die Zahl von Menschen mit psychischen Erkrankungen wächst“, weiß die Politikerin, die selbst im Sozialministerium arbeitete, bevor sie sich als Abgeordnete auf die Wissenschaftspolitik stürzte.

Sozialpolitik – das gehört nicht nur für Katja Pähle zum Wesenskern der Sozialdemokratie: „Starke Wirtschaft und gute Arbeit sind das eine. Wir brauchen aber auch eine Politik, die Menschen unterstützt, wenn sie unsere Solidarität brauchen. Eine Politik, die Menschen zugleich befähigt, Benachteiligungen auszugleichen und zu überwinden und damit eine aktive Rolle in Gesellschaft und Arbeitswelt zu spielen.“

Und? Stimmt denn nun die Bilder, die Katja vorher im Kopf hatte? „Nein, natürlich nicht“, lacht sie. „Die Aufgaben in den Werkstätten haben sich verändert. Sie sind zum Teil komplex und bedürfen auf jeden Fall einer angemessenen Qualifizierung. Darüber hinaus kann ich nur sagen: Die Leute, die ich hier kennengelernt habe, sind alle echt cool.“ Es wird wohl nicht ihr letzter Praxistag gewesen sein. ■

Bis Jahresende:

Investitionsförderung einfacher und transparenter machen

Von Wirtschaftsminister Jörg Felgner



Foto: Susie Knoll

„Allen Menschen Recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann“ – dieses Sprichwort gilt auch für die Investitionsförderung. Wo Geld verteilt wird, ist Kritik programmiert: zu viel Bürokratie, zu geringe Fördersummen oder falscher Empfängerkreis. Und in der Tat ist die Investitionsförderung aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) in Sachsen-Anhalt derzeit nicht optimal ausgestaltet. Deshalb arbeiten wir mit Hochdruck an einer Überarbeitung der Landesregelungen – die neue GRW-Richtlinie für die Investitionsförderung soll bis Jahresende stehen.

ASF-Bundeskonzferenz in Magdeburg: Kerstin Mogdans gibt Staffelstab weiter Maike Lechler mit überragendem Ergebnis in ASF-Bundesvorstand gewählt

Im Juni kam die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) in Magdeburg zu ihrer Bundeskonferenz zusammen. Dabei ging es auch darum, die ASF-Spitze neu aufzustellen. Als Vorsitzende wurde dabei die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, Elke Ferner, bestätigt.

Dem 21-köpfigen Bundesvorstand wird in den kommenden zwei Jahren auch weiterhin eine Genossin aus Sachsen-Anhalt angehören. Kerstin Mogdans, die die sachsen-anhaltische ASF in den zurückliegenden 14 Jahren dort vertreten hatte, gab den Staffelstab an Maike Lechler weiter. Die 25-jährige Hallenserin wurde mit einem überragenden Ergebnis von rund 82 Prozent Zustimmung als beste Beisitzerin von den Delegierten gewählt – und das obwohl Sachsen-Anhalt bei der Konferenz nur drei Delegierte stellte. „Ich freue mich riesig über das große Vertrauen der Delegierten und auf die Arbeit im Bundesvorstand in den kommenden Jahren“, sagte das neue Bundesvorstandsmitglied.

Maike Lechler hat sich in den zurückliegenden Jahren insbesondere mit ihrem Einsatz gegen sexuelle Belästigung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg einen Namen gemacht. Im Bundesvorstand will sie sich für die Integration von Frauen mit Migrationshintergrund sowie Frauen mit Behinderungen einsetzen und die bessere



Vernetzung der ASF mit den Jusos vorantreiben, damit mehr junge Frauen sich frauenpolitisch engagieren.

Unter dem Motto „Mehr! Respekt, Gerechtigkeit, Solidarität“ diskutierten die Delegierten vom 17. bis 19. Juni drei Tage lang Themen wie die Reform des Sexualstrafrechts, die geschlechtergerechte Gestaltung von „Arbeit 4.0“, Lohngleichheit sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Bundeskonferenz sprach sich für eine Verschärfung des Sexualstrafrechts aus, mit der der Grundsatz „Nein heißt Nein“ auch gesetzlich verankert wird. Mit einem einstimmigen Beschluss wurden zudem die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder aufgefordert, gemeinsam mit dem Bund dafür zu sorgen, dass in den Flüchtlingsunterkünften Schutzkonzepte für Frauen und Kinder umgesetzt werden. Die Delegierten sprachen sich dafür aus, dass eine Frau die nächste

und erste Bundespräsidentin des Landes wird.

„Wir freuen uns sehr, dass wir auch inhaltlich mit unseren Anträgen überzeugen konnten“, sagt Sarah Schulze, stellvertretende ASF-Landesvorsitzende in Sachsen-Anhalt. „Sie wurden alle mit großer Mehrheit beschlossen.“ Weil Studierende nur unzureichend vor sexueller Belästigung geschützt sind, sollen die Bundesländer ein eindeutiges Verbot in den Hochschulgesetzen verankern. Auch der Anwendungsbereich des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) soll erweitert werden, damit Studierende besser geschützt werden. Der steigenden Diskriminierung und Bedrohung von frauenpolitischen Akteurinnen im Internet soll strafrechtlich begegnet werden, Strafverfolgungsbehörden sollen besser geschult werden. Von Menschenhandel Betroffene sollen einen Rechtsanspruch auf psychosoziale und juristische Beratung erhalten. Außerdem sollen Fachkräfte für psychosoziale Arbeit mit Kindern in den Frauenschutzhäusern künftig finanziert werden. Künftig sollen zudem Zeiten des Mutterschutzes bei der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren berücksichtigt werden. Die beschlossenen Anträge sollen auch Bestandteil des SPD-Wahlprogramms für die Bundestagswahl im kommenden Jahr werden. ■

Wichtige Neuerungen sind aber schon jetzt absehbar: Wir werden die Investitionsförderung einfacher und transparenter machen – gerade für unsere vielen kleinen Mittelständler. Der Basisfördersatz für kleine und mittlere Unternehmen soll steigen, damit diese leichter die maximale Förderung ausschöpfen können. Thema ist auch eine Erhöhung der Fördersätze für Infrastrukturmaßnahmen der Landkreise und Kommunen. Und nicht zuletzt werden wir mit der neuen GRW-Richtlinie der reinen Verlagerung von Firmen innerhalb des Landes einen Förderriegel verschieben – gefördert werden soll nur noch, wenn unterm Strich neue Arbeitsplätze entstehen.

Diese und weitere Vorschläge zur neuen GRW-Förderung werden wir in den nächsten Wochen und Monaten im Land breit diskutieren – mit Kammern und Verbänden, Gewerkschaften, Fraktionen sowie allen Interessierten Bürgern. Dazu wird es Ende September zwei große Foren in Magdeburg und Halle geben. Mit diesem intensiven Dialog wollen wir die Menschen mitnehmen, denn viele sind von den Auswirkungen betroffen. Diese Dialog-Reihe haben wir im August zum Thema „Zukunft der Braunkohle“ gestartet – die Resonanz war übrigens sehr gut! ■

Roger Stöcker neuer Vorsitzender der SPD Salzlandkreis



Der alte und der neue Kreisvorsitzende: Seluan Al-Chakmakchi und Roger Stöcker

Der SPD-Kreisverband des Salzlandkreises kam am 24. Juni 2016 zur Wahl eines neuen Kreisvorstandes im Besthornhaus in Aschersleben zusammen. Bei fast tropischen Temperaturen wählten die Genossinnen und Genossen neben neuen Kreisvorstandsmitgliedern auch einen neuen Kreisvorsitzenden. Gegen zwei Mitbewerber konnte sich der 31-jährige Roger Stöcker vom Ortsverein Staßfurt durchsetzen. Zu seinen Stellvertretern wurden Ilona Döring und der ehemalige Schatzmeister Ringo Ulrich gewählt. Stöcker freut sich auf die gemeinsame Arbeit mit dem Kreisvorstand und den anderen politischen Ebenen und möchte die SPD wieder zu einer „Kümmererpartei“ vor Ort machen. ■

Willkommensfest 2016 in Magdeburg



Am 25. Juni fand das diesjährige Magdeburger Willkommensfest unter dem Motto „Willkommen im Miteinander“ statt. Den ganzen Tag über wurde bei einem bunten Unterhaltungs-, Informations- und Livemusik-Programm und bestem

Sommerwetter ausgelassen gefeiert. Organisiert wurde das Fest von Vereinen, die im Stadtteil wichtige Integrationsarbeit und Flüchtlingshilfe leisten und sich im Willkommensbündnis Stadtfeld zusammengeschlossen haben. Auch der

dort ansässige SPD-Ortsverein Magdeburg-Stadtfeld war mit Infostand und einem Eiswagen vertreten.

Eröffnet wurde das Willkommensfest von der Integrationsbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt, Staatssekretärin Susi Möbbeck, die in ihrer Ansprache das ehrenamtliche Engagement würdigte, ohne das Integration vor Ort nicht möglich wäre. Fotos: Thomas Opp

Impressum

ViSdP: Friederike Rösler
Redaktion: Martin Krems-Möbbeck
Gestaltung: Jörn Rößler
Beiträge an:
pressesprecher@spd-sachsen-anhalt.de
Anschrift:
SPD Sachsen-Anhalt
Redaktion WiSA/Vorwärts
Bügelstraße 1, 391054 Magdeburg

„Ich wünsche mir Perspektiven für den ländlichen Raum in Sachsen-Anhalt“

Interview mit Martin Röthel, neuer Bürgermeister von Bad Schmiedeberg

Mit 29,8 Prozent im ersten und 53,3 Prozent im zweiten Wahlgang wurde Martin Röthel zum neuen Bürgermeister von Bad Schmiedeberg gewählt. Seit dem 1. August ist er im Amt. Wir sprachen mit ihm über Erfahrungen und Erwartungen.

Hallo Martin, herzlichen Glückwunsch zur Wahl. Ein neugewählter SPD-Bürgermeister – den trifft man heutzutage nicht oft. Was meinst Du, warum hat es bei Euch in Bad Schmiedeberg geklappt?

Unserer 2009 neu gebildete Einheitsgemeinde mit insgesamt 25 Orten hatte in den vergangenen Jahren keine positive Entwicklung: Unsere Stadt ist hochverschuldet, die Bahnverbindung Wittenberg-Bad Schmiedeberg wurde eingestellt, mehrere Supermärkte schlossen, und zentrale Sehenswürdigkeiten wie das Au-Tor oder der Kaiser-Wilhelm-Turm konnten nicht mehr besucht werden. Vor allem in den kleineren Orten brach die Nahversorgung komplett ein, und es entstand eine Missgunst gegenüber dem Kurort Bad Schmiedeberg.

Durch meine Arbeit als Standortmanager im Kinder- und Jugendheim Schloss Pretzsch und durch meine Tätigkeiten in der Vereinsarbeit ist es mir im Ortsteil Pretzsch in den letzten drei Jahren gelungen, Kultur und Eigenengagement der Bürger wiederzubeleben. Das haben die Bürgerinnen und Bürger honoriert. Zudem war es aus meiner Sicht der optimale Wahlkampf zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Die SPD hat mich dabei sehr unterstützt. Es ist schon etwas Besonderes für mich, die CDU nach mehreren Jahrzehnten abzulösen und sich gegen sechs Mitbewerber als jüngster Kandidat durchzusetzen.

Was sind die größten Herausforderungen für Deine Stadt in den nächsten Jahren?



Zur Person

Alter: 31

geboren in Lutherstadt Wittenberg

verheiratet, vier Kinder – die Zwillinge Ylvi und Juri kamen vor wenigen Tagen zur Welt

Beruf: Dipl.-Betriebswirt (FH)

Interessen: Geocaching, Fußball, Tourismus/Kultur, Zeit mit der Familie

SPD-Mitglied seit: Februar 2014, stellv. SPD-Kreisvorsitzender Wittenberg, Ortsvereinsvorsitzender in Bad Schmiedeberg

Zunächst einmal müssen wir unsere Orte miteinander verbinden. Das betrifft vor allem eine verfestigte Rivalität zwischen Bad Schmiedeberg und Pretzsch. Es muss uns zudem gelingen, alle Notwendigkeiten der Daseinsvorsorge auch bei uns im ländlichen Raum zu erhalten: Kitas, Grundschulen, Supermärkte, Vereinshäuser, Ärzte... Hier müssen Konzepte zusammen mit dem Land entstehen, wie auch diese Einrichtungen im strukturschwachen ländlichen Raum finanziert und erhalten werden können. Ich möchte keine weitere Bildungseinrichtung verlieren!

Die Arbeit im Stadtrat wird natürlich eine

Herausforderung, da nur eine Stadträtin von der SPD ist und selbst die gemeinsame Fraktion mit der Linken insgesamt nur vier von 20 Stadträten stellt. Die CDU hat weiterhin mit elf Sitzen die absolute Mehrheit. Ich bin aber ganz zuversichtlich, was die Zusammenarbeit mit allen Fraktionen im Stadtrat angeht.

Und welche Rückendeckung wünschst Du Dir vom Land?

Ich wünsche mir, dass das Land für den ländlichen Raum Perspektiven zusammen mit den Kommunen entwickelt. Man muss gemeinsam diskutieren, wie

die Infrastruktur erhalten bleiben kann, die kommunalen Haushalte entlastet werden und eine realistische Chance der Konsolidierung besteht. Ein konkretes Beispiel betrifft aktuell die Finanzierung der Kitas unter dem neuen KiFöG. Die Betreuung unserer Kinder muss für die Eltern und die Kommune bezahlbar bleiben. Die ersten Maßnahmen der neuen Koalition sind ein guter Schritt, reichen aber längst nicht aus. Unser Bundesland ist eigentlich geprägt vom ländlichen Raum, beachtet wird er jedoch nicht ausreichend.

Der Bahnverkehr zwischen Lutherstadt Wittenberg und Bad Schmiedeberg wurde einst unter CDU-Verantwortung abbestellt. Seit April fährt die Heidebahn an Wochenenden wieder, aber nur bis Oktober. Siehst Du Potentiale für einen dauerhaften Verkehr?

Da der Betrieb nur am Wochenende aufgenommen wird und die Fahrt eher unregelmäßig ist, hat die Heidebahn in dieser Form keine Chance. Auch nicht, wenn sie sieben Tage die Woche fahren würde. Ein enormes Potential hätte die Bahnverbindung, wenn sie von Leipzig über Bad Dübener Heide bis Lutherstadt Wittenberg ginge. Das wäre für den Landkreis Wittenberg und den Landkreis Nordsachsen ein wirklicher Gewinn und für den Tourismus im Naturpark Dübener Heide und für unsere beiden Kurstädte eine große Chance. Wenn langfristig keine Perspektive für dieses Projekt gesehen wird, dann könnte die Trasse ein wichtiger Radweg zwischen den Kurstädten Bad Schmiedeberg und Bad Dübener werden.

Wir wünschen Dir noch viel Erfolg und auch viel Freude in Deiner neuen Aufgabe. ■

Sachsen-Anhalts Falken auf der Insel Poel



Vom 13. Juli bis 3. August veranstaltete der Landesverband der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken sein jährliches Kinderzeltlager mit anschließendem Jugendcamp auf der Insel Poel. Neben Sonne, Strand und Selbstorganisation im Zeltlager standen auch Themen wie Demokratie und gelebte Integration auf der Tagesordnung. Das Abenteuer in der freien Natur mit gemeinsamen Abenden, Diskussionen, kreativem Gestalten in verschiedenen Workshops war für die Kinder und Jugendlichen, aber auch für die Betreuenden ein unvergessliches Sommererlebnis.

Mehr unter: www.falken-lsa.de ■